

Sprechzeit:

Donnerstags 9.00 – 16.00 Uhr (telefonisch oder in Präsenz) oder nach Vereinbarung.

Kontakt:

Tino-Schwierzina-Str. 32, 13089 Berlin

Raum: 3.025 Tel.: 90249-1037/1038 Fax: 90249-1039

E-Mail: ute.klinkmueller@senbjf.berlin.de

Die Personalversammlung aller Beschäftigten der allgemeinbildenden Schulen Pankow hat am 15.10.2024 folgende Resolution beschlossen:

Die Personalversammlung der Beschäftigten der allgemeinbildenden Schulen Pankow fordert den Senat von Berlin und die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie zu folgenden Maßnahmen auf:

- Keine Kürzungen bei der Bildung
- Personalschlüssel von 1:15 in der eFöB
- Mehr Karrierewege für Erzieher und Erzieherinnen, Pädagogische Unterrichtshilfen und Verwaltungsbeschäftigte ermöglichen
- Qualifizierung aller Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung ermöglichen
- Echte Teilzeit für Lehrkräfte durchsetzen
- Entlastung der Pädagoginnen und Pädagogen durch zusätzliches Personal und multi-professionelle Teams schaffen
- Alternierende Telearbeit und mobiles Arbeiten für Verwaltungsbeschäftigte ermöglichen

Keine **Kürzungen** bei der Bildung! Die Sparmaßnahmen u.a. bei Klassenfahrten, Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärtern und Profilstunden müssen rückgängig gemacht werden.

Die personelle Ausstattung in der **ergänzenden Förderung und Betreuung (eFöB)** muss merklich und nachhaltig verbessert werden. Das heißt, der Personalschlüssel soll sich nicht mehr an 22 Kindern orientieren, sondern an 15. Eine Vertretungsreserve für Erzieherinnen und Erzieher, Betreuer und Betreuerinnen muss eingerichtet werden.

Mehr **Karrierewege** müssen geschaffen werden. **Erzieherinnen und Erzieher** sollten z.B. auch Facherzieherin oder Facherzieher für Sprachbildung oder Facherzieherin oder Facherzieher für Medienpädagogik werden können; es sollten Funktionsstellen als stellvertretende koordinierende Fachkraft, als Praxisanleiter und Praxisanleiterin für Auszubildende oder als Kinderschutzbeauftragte geschaffen werden. Alle **Pädagogischen Unterrichtshilfen** müssen zeitnah ein Angebot zur sonderpädagogischen Zusatzausbildung erhalten und nach Entgeltgruppe 10 eingruppiert werden. Die Tätigkeit von **Verwaltungsbeschäftigten** muss neu bemessen, differenzierter und höher bewertet werden (Entgeltgruppen 6 bis 10).

Ein strukturiertes berufsbegleitendes Weiterbildungssystem zur **Qualifizierung aller Lehrkräfte ohne volle Lehrbefähigung** muss auf den Weg gebracht werden, um diese Kolleginnen und Kollegen dauerhaft als Lehrkräfte zu binden und gleiche Beschäftigungsbedingungen zu erreichen.

Neun Jahre nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts müssen endlich verbindliche Regelungen geschaffen werden, um sicherzustellen, dass **teilzeitbeschäftigte Lehrkräfte** auch nur im Umfang ihres Teilzeitvolumens arbeiten.

Zur **Entlastung der Pädagoginnen und Pädagogen** muss den Schulen **zusätzliches Personal** für Verwaltung, IT-Administration, Gesundheitsschutz, Sozialarbeit, Schulpsychologie, Werkstätten und Labore regulär und dauerhaft zugewiesen werden.

Den **Verwaltungsbeschäftigten** muss die Möglichkeit gegeben werden, einen Teil der Arbeitsleistung regelmäßig aus dem Homeoffice zu erbringen. Die Rahmendienstvereinbarungen zu **alternierender Telearbeit und mobiler Arbeit** müssen für diese Beschäftigten endlich Anwendung finden.

Mit freundlichen Grüßen
Ute Klinkmüller
Vorsitzende PR Pankow